

Müssen wir uns an mehr Ungleichheit gewöhnen?

Stefan Hradil'



Stefan Hradil

Zusammenfassung

In aller Regel wird von Wissenschaftlern, vor allem von Ökonomen, prognostiziert, die soziale Ungleichheit werde in nächster Zeit auch in Deutschland weiter zunehmen. Im folgenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob eine Zunahme sozialer Ungleichheit, insbesondere der Einkommensungleichheit, tatsächlich unausweichlich ist und wir uns an mehr Ungleichheit schlicht gewöhnen müssen.

Fragt man Ökonomen nach der Zukunft unserer Sozialstruktur, so erhält man typischerweise die Antwort, unsere Gesellschaft werde ungleicher werden und es bleibe nichts anderes übrig, als sich daran zu gewöhnen (z.B. Straubhaar/Hüther 2009). Ökonomen denken beim Begriff „Ungleichheit“ vor allem an die Einkommen und die Vermögen, im Zusammenhang damit auch an manches, was direkt mit Geld zusammen hängt, wie an das Wohnen und das Konsumieren. Möglicherweise ist es Ökonomen ja ganz recht, wenn die Spanne zwischen Spitzen- und Niedrigeinkommen wächst und wenn mehr Menschen hohe oder aber sehr niedrige Einkommen haben. Wenn es die Produktivität der Wirtschaft mehrt ... und wenn sich neue Absatzmärkte für Luxusprodukte erschließen, warum nicht?

Soziologen beschäftigen sich aber nicht zuletzt damit, was die Menschen in einer Gesellschaft zusammenhält oder aber sie auseinandertreibt. Wer diesen Forschungsgegenstand hat, tut sich nicht so leicht damit, wachsende Ungleichheit einfach hinzunehmen. Da gehören zur Ungleichheit des Geldes zum Beispiel auch die ungleichen Chancen, gesund zu bleiben, die Häufigkeit von Kriminalität, das Gefühl der persönlichen Sicherheit und die eigene Selbstsicherheit. Soziologen können belegen, dass mit steigender Ungleichheit der Zusammenhalt der Gesellschaft sinkt und die Häufigkeit von Konflikten steigt. Aus soziologischer Sicht sprechen also Ökonomen ein großes Wort gelassen aus, wenn sie sagen, wir müssten uns halt an mehr Ungleichheit gewöhnen.

Die Frage, der im Folgenden nachgegangen werden soll, ist daher, ob eine Zunahme sozialer Ungleichheit tatsächlich unausweichlich ist und inwieweit wir uns gegebenenfalls an sie gewöhnen können.

was die Menschen in einer Gesellschaft zusammenhält oder aber sie auseinandertreibt

Historische Übersicht

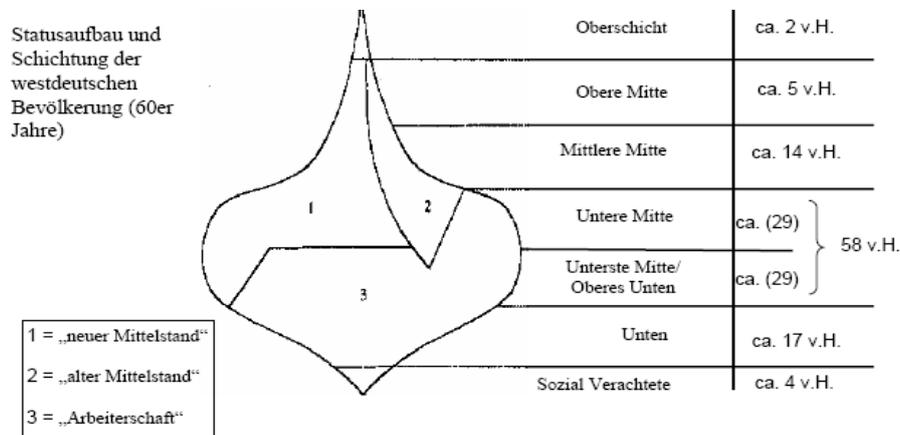
Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich seit einiger Zeit deutlich gewandelt und stellen uns heute vor manche Probleme. Wir haben in letzter Zeit sogar Veränderungen erlebt, die ohne Übertreibung die Bezeichnung „historische Wende“ verdienen. Bennett Harrison und Barry Bluestone haben sie in ihrem gleichnamigen Buch (1990) als „The Great U-Turn“ bezeichnet.

Warum so große Worte angebracht sind, wird in der historischen Rückschau deutlich:

1. Im 19. Jahrhundert, als die Fabriken entstanden und die Fabrikherren reich wurden, wurde die Sozialstruktur Deutschlands, wie die aller entstehenden Industriegesellschaften, beständig ungleicher: Karl Marx hatte daher so unrecht nicht, als er damals eine Klassengesellschaft diagnostizierte.
2. Von etwa dem Ersten Weltkrieg bis in die 1980er Jahre hinein wurden die Verhältnisse in unserer Gesellschaft dagegen immer gleicher, wie die der meisten entwickelten Industriegesellschaften. Immer weniger Menschen waren arm. Immer mehr zählten zur Mittelschicht, die war tonangebend. Reichtum gab es zwar. Er wurde aber wenig zur Schau gestellt. Auf all das war die Industriegesellschaft Deutschland stolz.
3. Aber seither wird das Schichtungsgefüge Deutschlands, wie das der meisten postindustriellen Länder, wieder beständig ungleicher. Diese Entwicklung dauert nun schon mehr als 20 Jahre und stellt somit keine statistische Eintagsfliege mehr dar, sondern einen Strukturbruch. Der Reichtum wächst, die Armut auch, die Größe der Mittelschicht stagniert. Und auch die Kultur der Mittelschicht dominiert immer weniger. Wer das nicht glaubt, soll mal nachmittags bestimmte Fernsehsender einschalten.

Insgesamt haben wir also in den letzten 200 Jahren einen Zickzackkurs von zunächst mehr, dann weniger und schließlich wieder mehr finanzieller Ungleichheit erlebt. Abbildung 1 zeigt die sozialen Verhältnisse in der zweiten Phase. Die Graphik entstand in den frühen 1960er Jahren und war seither in vielen Lehrbüchern zur Sozialstruktur Deutschlands enthalten. Die nach ihrem Schöpfer so genannte „Bolte-Zwiebel“ versinnbildlicht mit ihrem breiten „Mittelstandsbauch“, der kaum wahrnehmbaren „Unterschicht“ und der schmalen „Reichtumsspitze“, wie sich die soziale Entwicklung damals den Sozialforschern wie auch der breiten Öffentlichkeit darstellte.

Abbildung 1: Die soziale Schichtung Deutschlands in der Wohlstandsphase



Quelle: Bolte/Kappe/Neidhardt 1966

Die Wohlstandsphase

Insbesondere die späten 1960er, die 1970er und frühen 1980er Jahre waren Phase steigenden Massenwohlstands. In dieser Phase einer wachsenden und immer wohlhabender werdenden Mittelschicht bewegte die Menschen nicht so sehr die Frage, wie viel die Einzelnen haben und welche Gruppen mehr haben als andere, sondern die Frage, was die Menschen mit ihren neuerworbenen Ressourcen tun. Wenn immer mehr Menschen immer mehr zur Verfügung haben, dann kann man mit dem Ausmaß dessen, was die einzelnen haben, zum Beispiel Geld, immer weniger erklären und mit dem, was die Menschen denken und tun, immer mehr. Denn die Menschen können Dieses oder Jenes mit ihren Ressourcen machen. In solchen Zeiten bilden sich vor allem kulturelle und nicht so sehr materielle Unterscheidungen zwischen Menschen aus, das wusste im Übrigen schon Max Weber. Es ist also kein Zufall, dass in den 1980er Jahren Wertewandelstudien, Individualisierungsstudien, Milieu- und Lebensstilstudien, also kulturell orientierte Forschungsrichtungen, alle zugleich aufkamen.

kulturelle
Unterscheidungen

In den 1980er Wohlstandsjahren waren die ersten Milieustudien verfügbar. Menschen wurden darin weder als Marionetten ihres Geldbeutels gesehen, noch galten sie als völlig frei in ihren Entscheidungen. Vielmehr spielten im Rahmen der verfügbaren Mittel die Grundeinstellungen und Werthaltungen und damit die Kultur der Einzelnen eine große Rolle. Mit Hilfe von Milieustudien wurde es beispielsweise möglich, den „Turnschuhlehrer“ vom „Krawattenlehrer“ zu unterscheiden. Oder soziologischer ausgedrückt: So wurden kulturelle und mentale Unterschiede innerhalb sozialer Schichten und manchmal auch über Schichtgrenzen hinaus deutlich. Und diese kulturellen Unterschiede wurden nicht selten zur Quelle neuer Ungleichheiten.

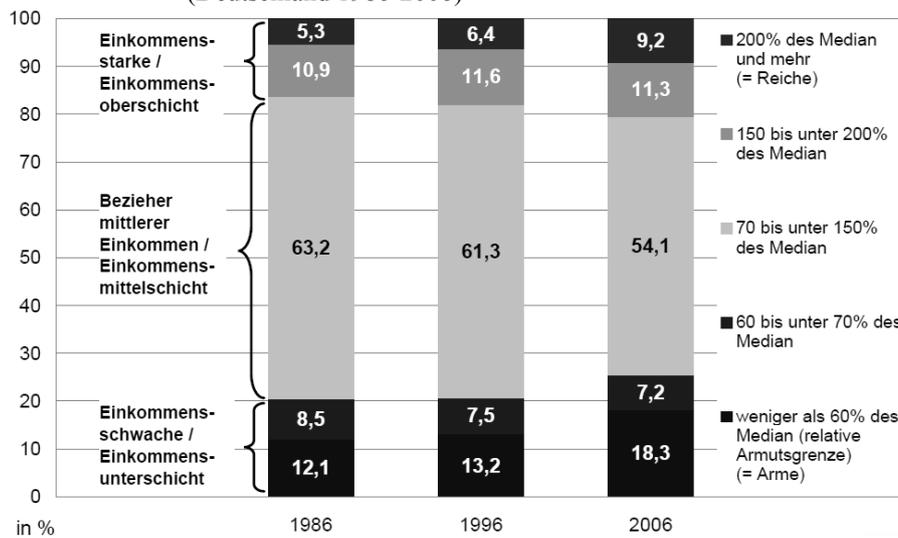
Milieustudien

Die Milieustudien, obwohl sie im akademischen Bereich immer umstritten blieben, erwiesen sich als sehr praxisrelevant. Wie man mit Bildungsangeboten auf bildungsferne Jugendliche zugehen kann, mit welcher Politik man welche Gruppen potenziell erreichen kann, wie man bauen kann, um dem Lebensgefühl bestimmter Menschen gerecht zu werden, all das verraten Milieustudien (Hradil 2006: S. 3-10).

Die wachsende Einkommensungleichheit

In den 1980er Wohlstandsjahren lag es nahe zu meinen, die Abstufungen zwischen Klassen und Schichten würden flacher werden. Aber das war ein Irrtum. Das Gefälle der Klassen und Schichten wurde bald danach wieder steiler. Abbildung 2 zeigt, dass die Bevölkerungsanteile der oberen und der unteren Einkommensschichten seither zunahmen. Immer mehr Menschen standen ziemlich weit oben, oder aber recht weit unten in unserer Gesellschaft. Armut in einer reichen Gesellschaft wurde wieder zum Thema.

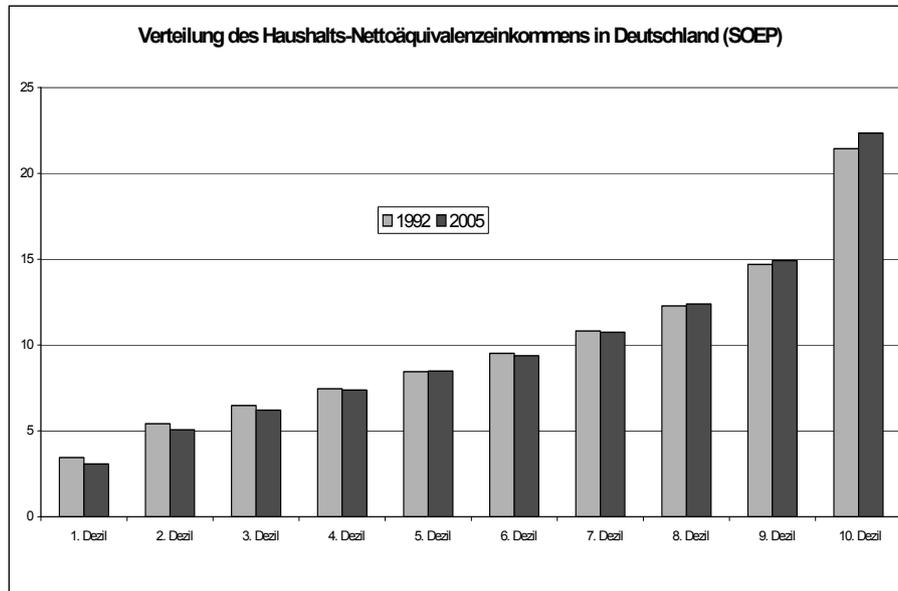
Abbildung 2: Die unteren und die oberen Einkommensschichten wachsen (Deutschland 1986-2006)



Quelle und Daten: SOEP/DIW 2008, zitiert nach Miegel/Wahl/Schulte 2008: 16

Die weitere Wohlstandsmehrung konzentrierte sich seit den 1990ern auf die oberen Etagen unserer Gesellschaft. Abbildung 3 lässt erkennen, dass ihre Anteile am gesamten „Einkommenskuchen“ wuchsen. Die Anteile der unteren Schichten nahmen dagegen ab. Die Spanne zwischen Oben und Unten wurde wieder weiter (vgl. Stat. Bundesamt 2011: 162ff.).

Abbildung 3: Die oberen Einkommenschichten werden reicher, die unteren ärmer (Deutschland 1992 und 2005)



Quelle und Daten: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Ursachen der wachsenden Einkommensungleichheit

Äußere Lebensbedingungen, vor allem das liebe Geld, wurden also spätestens seit den 1990ern wieder sehr viel erklärungskräftiger, wie übrigens zu allen unruhigen und ungleicher werdenden Zeiten. Da stellt sich die Frage, was unsere Gesellschaft seit den 1990ern denn ungleicher gemacht hat? Nur wenn wir das wissen, und den weiteren Fortgang dieser Ursachen abschätzen können, werden wir die zukünftige Entwicklung sozialer Ungleichheit voraussagen und die Frage beantworten können, ob wir uns an mehr Ungleichheit gewöhnen müssen.

Vorab ist festzustellen, dass in vielen entwickelten Ländern, und nicht nur in Deutschland, die verfügbaren Einkommen auseinanderrücken (vgl. OECD 2011: 24). Dies zeigt Abbildung 4. Das spricht gegen Vermutungen, die Ursachen wachsender Ungleichheit seien spezifisch deutsch.

Abbildung 4: Internationale Trends der Einkommensungleichheit ca. 1985 bis ca. 2005, Nettoäquivalenzeinkommen, Gini-Koeffizienten

Starke Zunahme	Finnland, Neuseeland
Mäßige Zunahme	Kanada, Deutschland, Italien, Japan, Norwegen, Portugal, Schweden, Vereinigte Staaten
Keine Veränderung	Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Dänemark, Griechenland, Ungarn, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich
Mäßige Abnahme	Frankreich, Irland, Spanien
Starke Abnahme	(keine Länder)

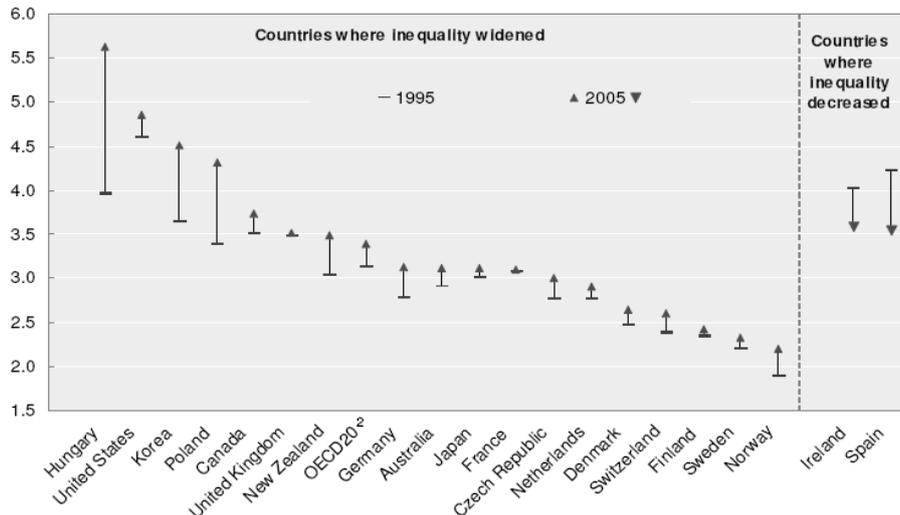
Quelle: OECD 2008: 294

Sozialstaat Häufig wird vermutet, die nachlassende Tätigkeit des Sozialstaats sei die Ursache wachsender Ungleichheit (u.a. Butterwegge 2011). Nun ist in der Tat in Deutschland der Spitzensteuersatz im Jahr 2004 gesenkt worden, und Hartz IV bewirkt, dass Empfänger nach wenigen Monaten der Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfeniveau absinken. (Das macht vor allem die Fallhöhe aus der Mittelschicht tiefer.) Ähnliche sozialpolitische Rücknahmen waren auch in vielen anderen Ländern zu beobachten. Aber sie als Ursache wachsender Ungleichheit zu bezeichnen, ist ungefähr so, als wollte man die geschwächte Feuerwehr für häufigere Brände verantwortlich machen. Die Frage ist doch: Was erzeugt die häufigeren Brände (sprich: mehr Ungleichheit), und was bringt so viele Regierungen in so vielen Ländern dazu, sie so zurückhaltend zu bekämpfen?

Gewerkschaften Häufig findet sich auch die These, dass in vielen Ländern die Gewerkschaften schwächer wurden, dass vor allem Flächentarifverträge immer schwieriger durchzusetzen sind. Das habe die Ungleichheit gesteigert. Prüft man das empirisch, so zeigt sich, dass in der Tat Länder mit schwachen Gewerkschaften meist ungleicher sind als solche mit starken Gewerkschaften (vgl. OECD 2011: 32, 99ff.). Die Frage ist nur: Was machte Gewerkschaften in so vielen Ländern schwächer?

Die ersten beiden genannten Ursachen, zurückgenommene Sozialpolitik und schwächere Gewerkschaften, sind politische Ursachen. Aber in Abbildung 5 sehen wir, dass sich in fast allen entwickelten Ländern der Welt die Brutto-Markteinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen auseinander entwickeln. Damit hat die Politik erstmal nichts zu tun. Diese Ungleichheiten wachsen, bevor der Staat Steuern einzieht oder Sozialhilfe zahlt, also bevor eine geschwächte Sozialpolitik wirksam werden könnte. Diese Ungleichheiten wachsen auch trotz Gewerkschaftseinflusses. Hier geht es um wirtschaftliche Vorgänge. Welche sind also die wirtschaftlichen Ursachen, die die Löhne auseinander treiben?

Abbildung 5: Verhältnis zwischen den obersten und den untersten zehn Prozent der Arbeitseinkommen in OECD-Ländern 1995 und 2005



Quelle: OECD 2007: 1

Wirtschaftliche Ursachen wachsender Ungleichheit

In der Literatur (z.B. OECD 2011: 26) wird in erster Linie die *technologische Entwicklung* als Ursache wachsender Ungleichheit genannt. Wo sie schnell fortschreitet, zum Beispiel im Bereich von Informationstechnologien, wird die Arbeit produktiver. Dort können höhere Löhne gezahlt werden. Im Unterschied zu industriellen Techniken, wie dem Fließband, erfordern die hochproduktiven Techniken des Informationszeitalters aber hohe Qualifikationen. Und die werden immer knapper, weil zu wenige herangebildet werden und weil die demografische Entwicklung sie knapp werden lässt. Also sorgt die Verhandlungsmacht der zu wenigen Qualifizierten dafür, dass die höheren Löhne, die gezahlt werden können, auch wirklich gezahlt werden. Wer diese höheren Qualifikationen aber nicht hat, findet immer schwerer überhaupt eine Erwerbstätigkeit, und wenn, dann in gering produktiven Tätigkeitsfeldern, wo es ohnehin nicht viel zu verteilen gibt. Die Verhandlungsmacht der gering Qualifizierten ist ihrer Überzahl wegen minimal, so sind es auch ihre Löhne.

technologische Entwicklung

Die *Globalisierung* wird oft als weiterer ökonomischer Faktor aufgeführt (vgl. OECD 2011: 28f., 109ff.), der die Ungleichheit auseinander treibt. Die Empirie zeigt, dass die Globalisierung zwar nicht dem Motor, wohl aber sozusagen dem Turbolader wachsender Ungleichheit entspricht. Werden die hohen Lohnforderungen eines Qualifizierten nämlich hierzulande nicht erfüllt, dann kann er in Hochlohnländer ziehen oder damit drohen. Vielfach ist das gar nicht nötig, es wird von Arbeitgebern vorweggenommen. Englisch ist ohnehin die lingua franca unserer Zeit, daher fällt Hochqualifizierten die Mobilität leicht.

Globalisierung

Und ein niedrig Qualifizierter, sagen wir: Anstreicher, der sich mit vielen weiteren Aspiranten Hoffnungen auf den gleichen Arbeitsplatz macht, konkurriert im Zeitalter der Globalisierung nicht nur mit deutschen, sondern auch mit ausländischen Bewerbern, die auch für den halben Lohn zu arbeiten bereit sind. Das senkt seinen Lohn nochmals.

Wichtig ist zu erkennen, dass sich bei der technologischen Entwicklung und der Globalisierung, also den ökonomischen Ursachen wachsender Ungleichheit, Markt und Macht die Hand geben. Es sind nicht Marktverhältnisse allein, die in den obersten Etagen der Bankhochhäuser die Löhne durch die Decke schießen lassen. Wen der Markt privilegiert, dem schenkt er auch Machtmittel, um sich beispielsweise von der Konkurrenz abzuschotten.

Es sind vor allem die wirtschaftlichen Gründe, die auch engagierte Sozialpolitiker und Gewerkschafter vor einschneidenden politischen Maßnahmen zurückschrecken lassen. Wenn nämlich „oben“ die Begüterten oder die knappen Hochqualifizierten höher besteuert werden sollten, droht deren Abwanderung und damit weniger Wirtschaftsleistung. Die wiederum ist für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Gewinnung von Steuern bitter notwendig. Wenn „unten“ mehr Mittel an Bedürftige gezahlt werden sollen, dann fragen sich viele, woher angesichts der begrenzten Besteuerungsmöglichkeit gut Verdienender und angesichts der Notwendigkeit, die öffentlichen Kassen zu sanieren, das Geld dafür kommen soll. Wenn „unten“ Mindestlöhne gezahlt werden sollen, droht in bestimmten Branchen der Verlust von Arbeitsplätzen.

Gesellschaftliche Gründe wachsender Ungleichheit

Es sind aber neben politischen und ökonomischen auch *gesellschaftliche* Gründe, die die verfügbaren Einkommen auseinander treiben. So steigt der Anteil der *allein Erziehenden* immer weiter (Stat. Bundesamt 2011: 28f.). Dies hindert sie häufig daran, auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Denn entweder sie haben wegen früher Kinder keine ausreichende Ausbildung, oder sie können mangels Kinderbetreuungseinrichtungen ihre Ausbildung nicht in klingende Münze umsetzen.

Bildungshomogamie Ein anderer gesellschaftlicher Grund liegt darin, dass die *Bildungshomogamie* steigt (Stat. Bundesamt 2011: 26f.). Auf deutsch heißt das: Immer mehr Paare haben einen gleich hohen Bildungsstand. Das bedeutet aber: Wenn sich immer öfter zwei gering Qualifizierte zusammen tun, dann leben eben zwei Niedrigeinkommensbezieher im Haushalt, oft genug ist davon einer arbeitslos. Wenn aber zwei hoch Qualifizierte zusammen leben, dann können zwei gut Verdienende sehr auskömmlich wirtschaften. Auch das lässt die Ungleichheit wachsen.

Prognosen weiter wachsender Ungleichheit

Nur ganz wenige Wissenschaftler prophezeien uns eine gleichere Zukunft. Kaum jemand mag nämlich glauben, dass die *wirtschaftlichen* Gründe nachlassen werden, dass vor allem die technologische Entwicklung oder die Globalisierung zum Halt kommen wird.

Die meisten Wissenschaftler meinen zudem, dass dem umverteilenden Sozialstaat in Zukunft eher noch mehr als heute die Hände gebunden sein werden. Unter anderem deshalb, weil der Mangel an Qualifizierten (insbesondere in MINT-Berufen²) deren Erpressungspotenzial weiter steigen lässt und weil die Verschuldung immer weniger Geld für Unterstützungszahlungen übrig lässt. Die meisten Wissenschaftler denken also, dass die *politischen* Hebel zur Reduzierung sozialer Ungleichheit in Zukunft eher kürzer werden. Und selbst die Wissenschaftler, die eine höhere Besteuerung gut Verdienender sowie einen Mindestlohn für durchsetzbar halten, zweifeln oft daran, dass das hilft, um die sich öffnende Schere wieder zu schließen.

Auch was die *gesellschaftlichen* Gründe wachsender Ungleichheit betrifft, herrscht Pessimismus vor: Kaum jemand glaubt, dass die Pluralisierung der Lebensformen zurückgehen wird, dass Alleinerziehende wieder seltener werden oder dass für sie in absehbarer Zeit eine flächendeckende Kinderbetreuung bereitsteht. Und niemand glaubt daran, dass in Zukunft hoch Gebildete wieder öfter gering Gebildete heiraten werden.

Das alles klingt sehr pessimistisch. Dennoch gibt es meines Erachtens gewisse Chancen für eine gleichere Zukunft.

Eine gleichere Zukunft?

Die direkteste Maßnahme, das Oben und das Unten in unserer Gesellschaft wieder näher zueinander zu bringen, besteht darin, mehr Menschen als heute zu bilden und auszubilden. Eine *Bildungsexpansion* (in Form der Erstausbildung und der Weiterbildung) kann dafür sorgen, dass höhere Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft weniger knapp sind als heute und dass kaum noch gering Qualifizierte nachrücken, die ja immer seltener gebraucht werden. Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt entsprechen sich dann allmählich besser. Die Verhandlungsmacht der sozialen Bildungsschichten gleicht sich an. Der größte Vorteil wäre, dass eine Bildungsexpansion Lohnangleichungen auf dem Arbeitsmarkt selbst erzeugt und nicht dazu zwingt, dessen Ergebnisse im nachhinein sozialpolitisch, und das heißt immer: teuer und konfliktreich, zurechtzurücken. Die Bildungsexpansion mindert die Zahl der Überflüssigen und der Privilegierten, und gleicht so Marktdiskrepanzen aus.

Bildungsexpansion

Ein zweiter Hoffnungsschimmer ergibt sich ausgerechnet durch den *demografischen Wandel*, der doch so oft als Problem dargestellt wird. Er sorgt dafür, dass das Angebot an Arbeitskräften zurückgehen wird (vgl. Stat. Bundesamt 2009: 17ff.). Das verbessert die Arbeitsmarktchancen der heute Studierenden,

demografischer Wandel

der Frauen und der Älteren. Der Arbeitskräftemangel wird aber auch den gering Qualifizierten nützen und damit Ungleichheit verringern. Es ist nämlich einfacher, hierzulande türkischstämmige Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder deutsche Arbeitslose gewissermaßen an die Hand zu nehmen und ein Stück weit nachzuqualifizieren, als auf eine geeignete neue Zuwanderung zu hoffen. So haben diesbezügliche „Patenschaften“ und Qualifizierungsoffensiven beispielsweise in der Baubranche schon heute Hochkonjunktur. Der demografische Wandel lindert so soziale Ungleichheit.

Die dritte Hoffnung greift etwas weiter in die Zukunft: Um sie zu erkennen, muss man, wie so oft, in die Vergangenheit schauen: Der Ökonom Simon Kuznets hat in den 1950er Jahren (1955) eine Theorie vorgestellt, nach der im 19. Jahrhundert erst ein Teil der Beschäftigten in der vergleichsweise produktiven Industrie arbeiten und dort viel verdienen konnte, ein großer anderer Teil aber noch in der relativ unproduktiven Landwirtschaft für wenig Geld schuften musste. Diese Kluft erzeugte nach ihm das krasse Lohngefälle des 19. Jahrhunderts. Mit der gleichen Logik erklärte Kuznets auch, wieso die Verhältnisse in den Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts allmählich gleicher wurden. Denn das Gros der Beschäftigten arbeitete nun in der produktiven Industrie.

Diese alte Theorie hielt vielen empirischen Überprüfungen recht gut stand. An ihr ist also viel dran. Wendet man ihre Grundgedanken auf die Gegenwart an, so lässt sich auch recht gut erklären, wieso heute die Verhältnisse wieder ungleicher werden: Erst ein Teil der Menschen arbeitet nämlich im hochproduktiven Bereich der Wissens- und Informationsdienstleistungen, einem Hochlohnbereich. Andere müssen dagegen putzen oder andere wenig profitable Dienstleistungen gegen Minilöhne verrichten. Wieder andere arbeiten noch in der Massengüterindustrie, wo die Wertschöpfung ebenfalls gering ist und die Arbeitsplätze jederzeit in ferne Länder zu wandern drohen.

Genau diese Diagnose einer sektoral unterschiedlich hohen Produktivität, die ganz unterschiedliche Lohnhöhen ermöglicht, gibt uns meines Erachtens aber die Hoffnung, dass in wenigen Jahrzehnten die Ungleichheit wieder zurückgehen wird. Wenn die überwiegende Mehrheit der Menschen nämlich in hochproduktiven Wissens- und Informationssektoren arbeitet, und nur noch ein verschwindend kleiner Teil Massengüter produziert oder einfache Dienstleistungen verrichtet, dann könnte das Lohngefälle wieder flacher werden.

Was ist aber, wenn die zuletzt skizzierten Hoffnungen sich doch zerschlagen? Wenn für mehr Bildung kein Geld da ist, wenn sich herausstellt, dass die Unqualifizierten nicht erwerbsfähig sind, wenn der Wissenssektor nicht dominiert? Müssen wir uns dann, können wir uns überhaupt an mehr Ungleichheit gewöhnen? Oder wird unsere Gesellschaft in Protesten zerbrechen?

Mehr Chancengleichheit

Sollten die Hoffnungen trügen und die Abstände zwischen Spitzen- und Niedrigeinkommen weiter wachsen, dann bleibt uns immer noch, in Chancengleichheit zu investieren. Konkret heißt das, daran zu arbeiten, dass Frauen, Migranten

Hochlohnbereich

Massengüter-
industrie

und Kinder aus unteren Schichten bessere Chancen als heute haben, Bildungs- und Entlohnungserfolge zu erzielen. Die Aussichten, zu mehr Chancengleichheit zu kommen, stehen so schlecht nicht: Denn wir brauchen mehr Migrantenkinder, Frauen und mehr von denen, die bisher zu kurz kamen, als qualifizierte Arbeitskräfte. Bemühungen um mehr Chancengleichheit haben also Rückenwind. Den sollten wir nutzen. Mehr Chancengleichheit, mehr Erfolg für Frauen, Migranten und Kinder aus unteren Schichten verringert die Einkommens- und Vermögensungleichheit zwar nicht notwendigerweise. Aber weiter bestehende oder gar wachsende Ungleichheiten zwischen oben und unten werden eher akzeptiert, wenn realistische Chancen zu erkennen sind, dass auch die Unteren nach oben kommen können.

Im vorliegenden Beitrag sollte unter anderem darauf aufmerksam gemacht werden, dass man eine gleichere Gesellschaft nicht einfach politisch herstellen kann. Es gibt wirtschaftliche und gesellschaftliche Kräfte, denen wir ein Stück weit ausgeliefert sind. Das heißt aber nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen sollten, vor allem nicht, was die Förderung der Chancengleichheit angeht. Selbst in einer Massenuniversität kann man in einem Massenfach etwas tun. Hochschullehrer haben dort die Aufgabe, mit Spitzenleistungen von Hochbegabten und Privilegierten genau so produktiv und fördernd umzugehen wie mit Unzulänglichkeiten von weniger Begabten und denjenigen, die aus einfachen Verhältnissen stammen. Hochschullehrer haben zwar manchmal auch die unerquickliche Aufgabe, Unfähigen oder Unwilligen die rote Karte zu zeigen, doch Chancen zu entwickeln, kann und sollte den weit überwiegenden und erfreulichen Teil der Tätigkeit bilden.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag ist aus dem Text meiner öffentlichen „Abschiedsvorlesung“ entstanden. Der Eingängigkeit halber wurde der Vortragsstil teilweise beibehalten.
- 2 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik

Literatur

- Bolte, Karl Martin/Kappe, Dieter/Neidhardt, Friedhelm (1966): Soziale Schichtung. Opladen. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2008): Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung. Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34.
- Butterwegge, Christoph (2011): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. 2., aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main: Campus.
- Harrison, Bennett/Bluestone, Barry (1990): The Great U-Turn. Corporate Restructuring and the Polarizing of America. New York: Basic Books.
- Hradil, Stefan (2006): Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44-45, S. 3-10.
- Kuznets, Simon (1955): Economic Growth and Income Inequality. In: American Economic Review 65, S. 1-28.
- Miegel, Meinhard/Wahl, Stefanie/Schulte, Martin (2008): Von Verlierern und Gewinnern. Die Einkommensentwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Bonn.
- OECD (2007): OECD-Employment Outlook 2007. How does Germany compare? Paris: OECD-Publishing.

- OECD (2008): Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern. Paris: OECD Publishing.
- OECD (2011): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising. OECD Publishing, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en> (Zugriff: 12.12.2011).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2011): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Straubhaar, Thomas/Hüther, Michael (2009): Die gefühlte Ungerechtigkeit. Warum wir Ungleichheit aushalten müssen, wenn wir Freiheit wollen. Berlin: Econ Verlag.